

weshalb die meisten Firmen in Deutschland bleiben, obwohl die Steuern dort viel höher sind als in der Schweiz. Zudem ist Deutschland noch aktueller Export-Weltmeister. Schliesslich sind die gleichen Politiker, die gegen die Masseneinwanderung kämpfen, dafür, dass sich immer mehr Firmen in der Schweiz ansiedeln, zum grossen Teil mit ausländischem Personal, da dieses in der Schweiz nicht zu finden ist.

Fredy Bietenhader, Rheinfelden

Für eine bessere Steuerreform

Der Kampf ist heftig. Rauch nimmt den Blick auf das, um was es geht. Zunächst um ein wichtiges Anliegen. Der Steuerwettbewerb zwischen den Staaten soll reduziert werden. Das im Grunde schmutzige Geschäft unter den Kantonen, die mit Steuersenkungen gegeneinander streiten, soll sich auf der internationalen Ebene nicht wiederholen. Gleich lange Spiesse also. Ein ehrenwertes Anliegen.

In der jetzt vorgelegten Vorlage profitieren die Aktionäre, nicht diejenigen, die mit ihren Finanzen bald nicht mehr über die Runde kommen. Und über der ganzen Vorlage schwebt Nebel, der nicht abschätzen lässt, wie viel diese Reform kosten wird. Es existieren keine umfassenden Berechnungen der zu erwartenden Steuerausfälle.

Die USR II von 2008 ist in schlechter Erinnerung: Damals wurde das Stimmvolk in der amtlichen Abstimmungsinformation mit den um ein Mehrfaches zu tief veranschlagten Ausfällen so krass getäuscht, dass es hinterher eine scharfe Rüge des Bundesgerichts absetzte. Und jetzt soll sich das Gleiche wiederholen? Das darf nicht sein.

Steuern werden erhoben, um dem Gemeinwesen zu dienen. Es muss die Freiheit seiner Bürger schützen und den einzelnen in prekären Situationen unterstützen. Deshalb muss eine Steuerreform nicht von oben, aus der Sicht der Grossaktionäre, sondern von unten aus der Sicht der Kleinen, Zukurzkommenen, die ihren Lebensunterhalt kaum oder nicht mehr selber bestreiten kön-

nen, gedacht werden. Es darf nicht um immer mehr Reichtum in wenigen Händen gehen, sondern um ein Einkommen für alle, mit dem sie ihr Leben bestreiten können. Die USR III ist abzulehnen, und das Parlament soll die vom Bundesrat ursprünglich eingebrachte Vorlage überarbeiten. So könnte innert kurzer Zeit dem Volk eine Vorlage vorgelegt werden, die von einer deutlichen Mehrheit getragen wird.

Xaver Pfister, Theologe und Publizist

Mehr Nutzen als Schaden

Die USR III ist, wie es der Name richtig suggeriert, die dritte namhafte Reform der Besteuerung von Unternehmen in der Schweiz. Insbesondere bei der zweiten Reform wurde gestöhnt, dass sich die steuerlichen Mindereinnahmen dramatisch auf die Schweizer Wirtschaft auswirken werden. Was ist passiert? Seit den 1990er-Jahren haben sich die Steuererträge juristischer Personen auf Bundesebene sage und schreibe vervierfacht. Steuerreformen haben die Schweizer Wirtschaft immer stimuliert. Daher bin ich überzeugt, dass auch die USR III der Schweizer Wirtschaft in den kommenden Jahren eher nutzen als schaden wird.

Heinz Lussi, Riehen

Richtige und wichtige Reform

Alt Bundesrätin Widmer-Schlumpf äusserte sich an der Delegiertenversammlung und über die Presse, dass das Parlament die Vorlage des Bundesrates verändert habe. Dies ist jedoch kein Einzelfall. Es ist üblich, dass eine Vorlage durch das Parlament verändert, ergänzt und verbessert wird. Dadurch wurde die Vorlage mehrheitsfähig.

Die jetzige Vorlage wurde auch durch die Mitarbeit von Regierungsräten austariert und gesamtschweizerisch mehrheitsfähig gemacht. Deshalb stehen nun grossmehrheitlich das Parlament und die Kantone hinter der USR III. Die Mutmassungen, welche die Gegner der USR III ins Feld führen, sind

hauptsächlich abhängig von der Umsetzung der Vorlage durch die Kantone. Bei der Umsetzung wird deshalb auch die BDP genau hinschauen.

Die USR III ist wichtig und richtig, um international gleich lange Spiesse im Steuerwettbewerb zu schaffen. Ausserdem schützt die jetzige Vorlage Unternehmen bezüglich Forschung und Innovation und stärkt den Unternehmensstandort Schweiz. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass wir am 12. Februar 2017 deutlich Ja zur Unternehmenssteuerreform III sagen.

Marc Bürgi, Pratteln

Wettbewerbsverlust für die Schweiz

Die Schweizer Praxis der ermässigten Besteuerung von Statusgesellschaften steht seit geraumer Zeit im Fokus internationaler Kritik. Die Schweiz muss handeln, daran führt kein Weg vorbei. Mit der Abschaffung der Statusgesellschaften geht aber ein Wettbewerbsverlust für die Schweiz einher, welcher durch andere Massnahmen kompensiert werden muss. Diese werden dabei primär in den Kantonen und Gemeinden umgesetzt. Der Bund stellt den Kantonen einen Werkzeugkasten zur Verfügung und zahlt 1,1 Milliarden Franken, welche die Kantone für Kompensationsmassnahmen einsetzen und damit auch die Gemeinden einbeziehen können. Jeder Kanton kann die vorgesehenen Massnahmen so umsetzen, wie es seiner Steuerpolitik entspricht.

Die Kantone sind sich ihrer Verantwortung bewusst und werden sie auch wahrnehmen. Nicht zuletzt unterstützen 25 der 26 Finanzdirektoren diese ausgewogene Steuerreform. Am 12. Februar geht es um die Frage, ob dieser Werkzeugkasten und die finanzielle Unterstützung für gut befunden wird. Die Frage nach der Art der kantonalen Umsetzung wird mit Einbezug der Gemeinden noch diskutiert werden können. Scheitert die Reform, stehen die Kantone ohne steuerpolitische Instrumente und finanzielle Unterstützung durch den Bund da. Deshalb sagen wir JA zur Steuerreform.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP, Thürnen

schon, deren Grosse Eltern und Eltern schon in der Schweiz gelebt beziehungsweise aufgewachsen sind, müssen die Möglichkeit haben, eine erleichterte Einbürgerung zu geniessen. Solche Personen sind in der Schweiz gut integriert und sind im Prinzip ein Zeugnis einer erfolgreichen Integration.

Infolgedessen kann es nicht angehen, dass diese Mitmenschen, die hier zur Schule gehen und mit Freunden in einem Sportverein spielen, einen ordentlichen und damit erschwerten Einbürgerungsprozess weiterhin über sich ergehen lassen müssen. Es ist Zeit, dass wir die Integration konsequent weiterführen und sie damit so umsetzen, dass sich Menschen vermehrt als Teil unserer Gesellschaft fühlen. Demzufolge ist ein Ja zu dieser Vorlage auch ein Ja zu einer überzeugten Integrationspolitik.

Roman Oeschger, Büren

Eintreten für die dritte Generation

Etwa 4000 bis 5000 Jugendliche der dritten Generation sollen in der Schweiz unter bestimmten Voraussetzungen eine erleichterte Einbürgerung beantragen können. Das sind junge Ausländerinnen und Ausländer, von denen die Grosse Eltern in die Schweiz einwanderten und deren Eltern hier aufgewachsen sind.

Diese jungen Menschen sind hier geboren, studieren und arbeiten in der Schweiz und sprechen unsere Sprache. Viele engagieren sich in einem Verein und im Sportclub. Sie kennen ihr Heimatland meistens nur noch von den Ferien und fühlen sich in der Schweiz zu Hause.

Heute sind diese Einbürgerungen kantonal sehr unterschiedlich geregelt. Die vom Parlament beschlossene einheitliche Bundeslösung ist deshalb überfällig. Die jungen Menschen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Sie sollen mitgestalten und mitreden können. Deshalb ein klares JA für die dritte Generation!

Elisabeth Augstburger, Liestal
Landrätin EVP Baselland

Ein vernünftiges Konzept ist gefragt

Zur Abstimmung über die Sanierung der Basler Kaserne; BaZ diverse

Ich möchte als Basler mal einen Tag erleben, an dem in der BaZ kein Artikel über Basler Probleme berichtet wird, bei denen man sich als Steuerzahler getäuscht vorkommt. Ich bin gegen den Umbau in der jetzigen Phase, was die Kaserne angeht, weil ich das Gefühl habe, es möchte sich ein Regierungsrat ein Denkmal setzen, bevor er seinen Hut nimmt.

Dass die Kaserne umgebaut werden muss, steht ausser Frage, aber nicht so. Die Kaserne muss polyvalent umgebaut werden, hauptsächlich für das Tattoo. Ich als Basler möchte nicht, dass das Tattoo aus Basel verschwindet, vor allem weil diese Veranstaltung dem Kanton am meisten Finanzen einbringt.

Denn die Idee hätte man bereits vor Jahren ins Auge fassen können, vor allem, als das Tattoo noch am Anfang seines Erfolgs stand. Jetzt hat man Lunte gerochen und nun soll einfach über den Kopf einer erfolgreichen Veranstaltung ein Umbau vorgenommen werden, bei dem die Möglichkeit besteht, dass man das Tattoo nicht mehr so durchführen kann. Ein vernünftiges Konzept braucht es.

Ich hoffe, dass die Abstimmung bachab geht.

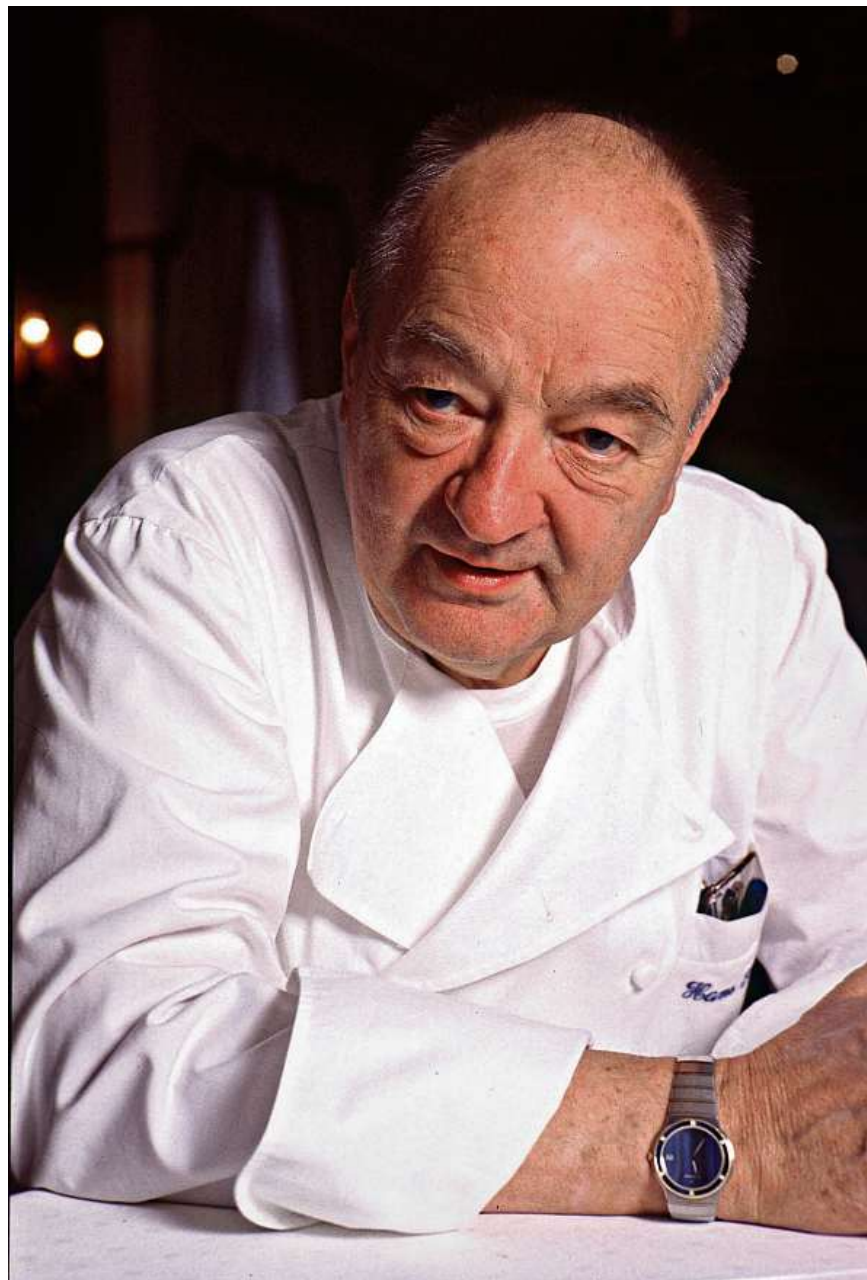
Roland Thüring, Basel

An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook ([facebook.bazonline.ch](https://www.facebook.com/bazonline.ch)) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.

<http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch
Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel

Heute vor 19 Jahren



6.2.1998: Meisterkoch Hans Stucki ist tot. In der Nacht auf den 6. Februar verstarb der Meisterkoch – er erlag einem Krebsleiden, das zwei Monate vor seinem 69. Geburtstag. Hans Stucki hatte viele Jahre zuvor (1959) das Restaurant Bruderholz, ein typisches Quartierbeizli, übernommen und war mit ihm in die Liga der Spitzengastronomie aufgestiegen. Der Lohn aller Anstrengungen waren zwei Michelin-Sterne, die er in den Siebzigerjahren erhielt. Von modischem Kochen hielt er zeit seines Lebens nicht viel, gerade deshalb blieb er wohl modern. Das Restaurant trägt heute noch seinen Namen. Foto Keystone

Kantone nur noch in der Statistenrolle?

Zur Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung; BaZ diverse

Es besteht kein Zweifel, dass Personen der dritten Generation bei uns nicht integriert wären. Dies im Gegensatz zu den Abertausenden von Ausländern, die jedes Jahr das Schweizer Bürgerrecht viel zu einfach erhalten, ohne sich über das Wort Integration je Gedanken gemacht zu haben. Dass das CH-Stimmvolk wieder über eine solche Vorlage abstimmen muss, ist eine Zwängerei und unnötig.

Wie es scheint, möchten Bundesrat und Parlament der dritten Generation die Einbürgerung unbedingt erleichtern, obwohl diese gar nicht danach gefragt haben. Das Interesse ist eher flau, vor allem bei den männlichen Kandidaten, da sie ja sonst Militärdienst leisten müssten. Bis jetzt habe ich auf jeden Fall noch keinen einzigen stichhaltigen Grund gehört, weshalb eine ordentliche Einbürgerung nicht zumutbar wäre.

Ist es wirklich so schlimm, sich diesem Prozess der ordentlichen Einbürgerung zu stellen? Hätte der CH-Pass bei solch einer Vorgehensweise nicht einen höheren Stellenwert für diese Personen, im Vergleich zu einem anonymen und simplen Verwaltungsvorgang? Das Schlimmste und Gefährlichste ist jedoch die Tatsache, dass der Bund zukünftig über die erleichterte Einbürgerung entscheiden kann. Die Kantone würden sich in nur noch in der Statistenrolle sehen, trotz gegenteiligen Behauptungen. Die Nachricht der Verhaftung des gambischen Ex-Ministers sollte uns eine Warnung sein, wie sehr wir uns auf solche Bundesstellen verlassen können.

Aus all diesen Gründen empfehle ich ein wuchtiges NEIN für diese Abstimmung am 12. Februar 2017.

Jürg Blaser, Binningen

Überzeugte Integrationspolitik

Diese Vorlage versinkt ein wenig im Meer der USR-III-Diskussionen, aber sie ist nicht minder wichtig. Junge Men-

Einspruch

Nicht wegen – trotz Morin

Von Elias Schäfer

Am 12. Februar entscheiden wir nach jahrzehntelangem Ringen über die Zukunft der Kaserne. Es ist normal, dass angesichts der zahlreichen Ansprüche an das Gebäude und Areal kaum jemand vollkommen zufrieden ist mit dem Projekt. Deshalb ist es wichtig, sich nochmals die wesentlichen Punkte der Vorlage – neben der vollkommen unbestrittenen Sanierung – vor Augen zu führen: die Öffnung des Areals zum Rhein hin und damit die allseitige Erschliessung eines der grössten innerstädtischen Plätze sowie die Öffnung eines zentralen und prägenden Baukörpers für eine breite Öffentlichkeit und vielseitige Nutzungen.

Für Ersteres, die Öffnung des Kasernenareals zum Rhein, hätte ich mir persönlich eine grosszügigere Öffnung und einen sichtbaren Durchbruch durch den Kasernenhauptbau gewünscht. Leider wurden dem Denkmalschutz viele Zugeständnisse gemacht und die vom Grossen Rat eingeforderte «Prüfung grosszügiger Öffnungen und Durchgänge zur Verbindung des Kasernenhofs mit der Rheinpromenade» nicht mit der gebotenen Ernsthaftigkeit vorgenommen.

Trotzdem schafft das vorliegende Projekt direkte Verbindungen zwischen Rhein und Kasernenplatz, seitliche und eine inwendige. Gerade Letztere bietet die Perspektive, kombiniert mit den richtigen Nutzungsregeln, wie durchgehenden Öffnungszeiten, nicht nur als Verbindungsstück zu funktionieren, sondern als gedeckter Allmend ganz eigene Qualitäten zu entwickeln.

Regierungsrat Guy Morin brachte das Projekt mehr durch Zufall als durch Weitsicht auf den Weg.

Damit wären wir bei Zweiterem, der Öffnung des Kasernenhauptbaus für die Allgemeinheit. Die vorgesehene kulturelle und wirtschaftliche Mischung des Gebäudes, die so im Grossen Rat schon mit dem Projektionskredit von allen Fraktionen mit Ausnahme der SVP gutgeheissen wurde, macht die Kaserne tatsächlich zu einem Ort für das Quartier und die ganze Stadt. Dass dabei mehr als drei Jahre vor dem Bezug noch kein abschliessendes Nutzungskonzept vorliegt, ist ein Versäumnis der Verwaltung, die im Projektionskredit dazu verpflichtet wurde, aber auch die Stärke des Projektes. Im Gegensatz zu einem Museum oder einer Schule kann für ein wandelbares Quartier-, Kultur- und Kreativwirtschaftszentrum die Nutzung nicht am Reissbrett festgelegt und baulich zementiert werden.

Vielmehr müssen möglichst neutrale und vielseitige Räume geschaffen und übergeordnete Regeln definiert werden.

Dies gelingt diesem Projekt: Die Raumstruktur erlaubt vieles und verbaut wenig. Die Vergaberegeln verpflichten zu einem regelmässigen Wechsel, sowohl der Nutzer als auch im Auswahlgremium. Die Nutzung kann also künftig immer wieder den Bedürfnissen des Quartiers und den Anforderungen des Marktes angepasst werden. Das ist zentral, denn wir bauen für 100 Jahre, doch müssen davon ausgehen, dass heute vorgesehene Nutzungen in fünf bis zehn Jahren obsolet geworden sind. So obsolet wie das politische Vermächtnis von Guy Morin, der dieses Projekt mehr durch Zufall als durch Weitsicht auf den Weg brachte und es bis zuletzt durch unzulängliche Kommunikation gefährdete und damit auch das Referendum provozierte.

Dieses Referendum gibt uns jetzt die Möglichkeit, nicht wegen, sondern trotz Morin überzeugt Ja zu sagen zu einer Öffnung des Kasernenareals zum Rhein, zu einem offenen Kasernenhauptbau und zum Kleinbasel als Schrittmacher für die ganze Stadt.

Elias Schäfer ist Mitglied Kulturstadt Jetzt.